
584/J XXIII. GP

Eingelangt am 29.03.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kurzmann,
Kolleginnen und Kollegen

An das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
betreffend die Gleichstellung des Deutschen als Arbeitssprache in der EU

Am 04. Feber 2007 erschien in der Tageszeitung „Die Presse“ folgender Artikel über den Gebrauch der deutschen Sprache im EU - Parlament:

Berlin drängt seine Sprache in die EU

Deutschland will Deutsch, Österreich aber Englisch in den EU-Institutionen forcieren.

VON REGINA PÖLL

BERLIN. Angela Merkel hat es vorgemacht: Ihre Antrittsrede im Europaparlament hat die derzeitige EU-Ratsvorsitzende und deutsche Kanzlerin kürzlich auf Deutsch gehalten. Und erst mehrere Stunden später in Englisch und Französisch auflegen lassen, klagten Beamte und Korrespondenten in Straßburg. Die Briten waren "not amused", die Franzosen irritiert. Doch es war Ausdruck der jüngsten Initiative der deutschen EU-Präsidentschaft, die eigene Sprache nicht nur als Amtssprache in der EU durchzusetzen, sondern sie neben Englisch und Französisch auch als Arbeitssprache in EU-Papieren und Verhandlungen stärker zu etablieren.

"Deutsch kommt zu kurz, das ist einstimmige Auffassung", meint Willi Stächele, Europaminister von Baden-Württemberg, am Dienstag bei einer Tagung der "Initiative Deutsche Sprache" und des Außenministeriums in Berlin. Stächele: "Was nicht verstanden wird, bringt keine Akzeptanz für Europa." Und es bedeute beispielsweise für kleine Unternehmer Nachteile, wenn ihnen EU-weite Ausschreibungen nicht in Deutsch zur Verfügung stünden. Die Zahlen würden für mehr EU-Papiere in Deutsch sprechen, erläuterte Ulrich Ammon, Linguistik-Professor in Duisburg: Die meisten EU-Bürger haben Deutsch als Muttersprache (siehe Kasten).

Warum Englisch und Französisch trotzdem viel stärker vertreten sind? Dazu Christof Eichert für die "Initiative Deutsche Sprache": Großbritannien betreibt seit Jahrzehnten eine "aktive Sprachpolitik", und Frankreich lade "hunderte EU-Beamte zu Sprachkursen in seine Schlösser ein".

Das deutsche Goethe-Institut will nun gleichziehen. Es setzt auf seine mehr als 10.000 Deutschkurse im Ausland. Außerdem soll Deutsch zweite Fremdsprache an mehr Schulen der Europäischen Union werden. Die neue Generation an EU-Beamten soll mit einem Verständnis für die deutsche Sprache aufwachsen.

Österreich will Kosten sparen

Die hohen Kosten sind es, warum Wien den deutschen Vorstoß nicht unterstützt. Österreich forciert eher eine breite Verwendung von Englisch. "Es wäre erstrebenswert, würden alle nur noch auf Englisch verhandeln",

meint Florian Haug vom Außenministerium - freilich nur "aus Gründen der Sparsamkeit und Effektivität".

In Brüssel bleibt man zum Sprachen-Vorstoß der deutschen Regierung gelassen. Indem man die amtlichen Dokumente auf Deutsch bereitstellt, entspreche man bereits den Vorgaben, heißt es in der EU-Kommission.

Daher richten wir an Sie, Frau Bundesminister, folgende Fragen:

- 1) Teilen Sie Willi Stächeies Meinung, dass es beispielsweise für kleine Unternehmer Nachteile bringt, wenn ihnen EU-weite Ausschreibungen nicht in Deutsch zur Verfügung stünden?
- 2) Halten Sie es für gerechtfertigt, einen Wettbewerbsnachteil für österreichische Unternehmen (EU-weite Ausschreibungen) in Kauf zu nehmen, um Kosten für die Erweiterung des deutschen Sprachgebrauchs in der EU zu sparen?
- 3) Warum halten Sie es für effizienter, wenn nur noch auf Englisch verhandelt werden würde, wenn doch die meisten EU-Bürger Deutsch als Muttersprache haben?
- 4) Wird die österreichische Bundesregierung die Initiative der deutschen Ratspräsidentschaft unterstützen, Deutsch auch als Arbeitssprache neben Englisch und Französisch, in der EU, durchzusetzen?